

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Abschaffung der GIS Landesgebühr

Die "GIS Gebühr" bzw. "ORF Gebühr", wie sie umgangssprachlich genannt wird, ist die österreichische Rundfunkgebühr. GIS steht dabei für das Unternehmen "[Gebühren Info Service \(GmbH\)](#)", welches seit 1998 mit der Einbringung, sowie Abrechnung dieser Gebühr beauftragt ist. Sobald in einem Haushalt mindestens ein empfangsbereites Rundfunkgerät vorhanden ist, fällt man unter das [Rundfunkgebührengesetz §2](#) und hat dementsprechend die GIS- Gebühren zu zahlen. Diese wiederum setzen sich aus Fernsehgebühren (für den ORF), Radiogebühren, Programmentgelte, Kunstförderungsbeiträge und eben der Landesabgaben zusammen.

Nun kommt eine neue Finanzierungsreform und bringt allen Österreichern eine Zahlungspflicht in Form einer Haushaltsabgabe, auch wenn es im Haushalt weder Radio, TV oder Internet gibt. Der neue ORF-Beitrag soll bei 15,30 Euro monatlich liegen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhält mit der neuen Haushaltsabgabe rund 700 Millionen Euro pro Jahr an verpflichtenden „Userbeiträgen“. Die jetzigen GIS-Zahler werden automatisch in das neue System transferiert. Wer bisher nicht gezahlt hat, bekommt ein Schreiben. Die Umstellung erfolgt mit 1. Jänner 2024. In sechs Bundesländern (außer in NÖ, OÖ und Vorarlberg) kommt für die Bürger auch noch eine Länderabgabe drauf. Jedes Bundesland legt die Höhe und den Verwendungszweck der Landesabgabe selbst fest, sie fließt dem jeweiligen Landesbudget zu. Für Wien wurde eine Abgabe von Euro 5,40.- bestimmt. Diese Belastung der Konsumenten ist nicht gerechtfertigt und verlangt eine Entlastung der Haushaltsabgabenzahler.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat

1. spricht sich für die Abschaffung der Wiener GIS Landesabgabe aus und
2. fordert die Wiener Stadtregierung, insbesondere den Herrn Bürgermeister und den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke“ auf, die Abschaffung der GIS Landesabgabe für Wien in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

